SOZIALDEMOKRATISCHE
PARTEI
DEUTSCHLANDS

STADTRATSFRAKTION
BAYREUTH

Eingang OB: 02. OKT. 2026

SPD Stadtratsfraktion Bayreuth – Luitpoldplatz 13 – 95445 -Bayreuth

Herr Oberbürgermeister
Dr. Andreas Zippel
Neues Rathaus
95444 Bayreuth

Antrag nach §15 GeschO:
**Politische Informationsstände in der Innenstadt**

Bayreuth, den 02.10.26
Der Oberbürgermeister:

30.09.2026

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die SPD-Stadtratsfraktion beantragt:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen und eine Regelung vorzuschlagen, nach der politische Informationsstände von Parteien und Wählergruppen bei der Genehmigung von Sondernutzungen einen angemessenen räumlichen Abstand zu zeitgleich stattfindenden Veranstaltungen in der Bayreuther Innenstadt einzuhalten haben. Dieser Abstand muss deutlich größer sein, als er es derzeit ist.

Bei Veranstaltungen, die sich ausdrücklich oder überwiegend an Kinder und Jugendliche richten, soll geprüft werden, ob politische Informationsstände im unmittelbaren Veranstaltungsbereich grundsätzlich ausgeschlossen und auf geeignete alternative Standorte verwiesen werden können.

Begründung

Die Bayreuther Innenstadt ist Veranstaltungsort zahlreicher Feste, Märkte, Kultur-, Sport- sowie Kinder- und Jugendveranstaltungen. Gleichzeitig wird der öffentliche Raum – insbesondere die Fußgängerzone – regelmäßig für politische Informationsstände genutzt.

Politische Information und der direkte Austausch demokratischer Parteien mit Bürgerinnen und Bürgern sind wichtige Bestandteile unserer Demokratie. Dieses Recht soll mit dem vorliegenden Antrag ausdrücklich **nicht eingeschränkt oder parteipolitisch unterschiedlich behandelt** werden.

Gleichzeitig sollten Veranstaltungen ihren eigenen Charakter behalten können. Besucherinnen und Besucher müssen erkennen können, was Bestandteil einer Veranstaltung ist und was unabhängig davon stattfindet. Insbesondere bei größeren Veranstaltungen kann eine unmittelbare räumliche Nähe politischer Informationsstände den Eindruck erwecken, diese seien Teil der Veranstaltung oder würden von deren Veranstaltern unterstützt.

Besonders sensibel sehen wir dies bei **Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche**. Familienfeste, Kinderaktionen, Jugendveranstaltungen oder vergleichbare Angebote sollten Orte sein, bei denen die eigentliche Veranstaltung und die Bedürfnisse der jungen Besucherinnen und Besucher im Mittelpunkt stehen. Eine unmittelbare parteipolitische Ansprache innerhalb oder direkt angrenzend an eine solche Veranstaltungsfläche halten wir deshalb für nicht angemessen.

Ziel sollte daher eine **klare räumliche Trennung** sein. Dabei soll die Verwaltung insbesondere prüfen, welcher Mindestabstand praktikabel und rechtlich zulässig ist und ob bei Kinder- und Jugendveranstaltungen der unmittelbare Veranstaltungsbereich vollständig von politischen Informationsständen freigehalten werden kann.

Die Regelung soll selbstverständlich **für alle Parteien, Wählergruppen und sonstigen politischen Gruppierungen gleichermaßen** gelten.

Mit freundlichen Grüßen

Christiane Angerer
Fraktionsvorsitzende der
SPD-Fraktion im Stadtrat